



Rukwied fordert mehr Verantwortungsbewusstsein vom Lebensmitteleinzelhandel

Rukwied fordert mehr Verantwortungsbewusstsein vom Lebensmitteleinzelhandel
DBV-Veredlungstag in Niederbayern
"Die deutschen Landwirte sind beim Thema Tierwohl auf gutem Weg. Politik und Verbraucher erwarten Lösungen. An einer deutlichen Aufstockung des Tierwohlfonds geht daher kein Weg vorbei", so die klare Forderung des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, in seiner Eröffnungsrede zum diesjährigen Veredlungstag des DBV im bayrischen Essenbach.
"Leider erleben wir bei einigen Lebensmitteleinzelhändlern eine kleinteilige und kurzsichtige Abwehrdiskussion um wenige Cent pro Kilogramm Fleisch. Das können wir den Landwirten, aber vor allem der Öffentlichkeit nicht vermitteln." Eine falsch verstandene Einkaufspreisoptimierung dürfe nicht dazu führen, dass die Initiative an Glaubwürdigkeit verliere. "Nur mit gemeinsamer Verantwortung können Veränderungen gestaltet werden. Dazu sind wir bereit!" Das betonte Präsident Rukwied vor den mehr als 500 Teilnehmern des Veredlungstages.
Mit Blick auf die aktuelle Marktlage forderte Rukwied die Politik auf, die Schweinehalter beim Gang durch das Preistief zu unterstützen. Dazu seien Bürgschaftsprogramme, Liquiditätshilfen und eine vorzeitige Auszahlung der Direktzahlungen unverzichtbar. Für eine unmittelbare Entlastung der Betriebe müsse nach Aussage des DBV-Präsidenten auch der Bundeszuschuss für die Unfallversicherung aufgestockt werden. Um langfristige Perspektiven zu eröffnen, seien die Erschließung neuer Exportmärkte und der Abbau von Handelshemmnissen essentiell.
Überdies forderte der Bauernpräsident von der Politik ein klares Bekenntnis zur Tierhaltung in Deutschland: "Es kann nicht sein, dass diejenigen, die Deutschland Tag für Tag mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen, unter den Generalverdacht der Umweltverschmutzung und Tierquälerei gestellt werden und Teile der Politik dies noch befeuern." Mit Blick auf die gesetzliche Regelungswut und die Belastung der Betriebe forderte Rukwied ein Stopp weiterer Auflagen. Rukwied im Wortlaut: "Deutschland ist bereits Auflagenweltmeister."
Rukwied rief die anwesenden Landwirte zum Dialog mit der Gesellschaft über moderne Tierhaltung auf. "Wir stehen für eine Tierhaltung in bäuerlicher Hand. Wir wollen keine börsennotierte Landwirtschaft", konstatierte Rukwied. Aber auch diese bäuerliche Tierhaltung muss sich dem Markt stellen und entspricht nicht mehr den romantischen Vorstellungen, die manche Lebensmittelverpackungen suggerieren. "Wir dürfen uns nicht in den Ställen verstecken, sondern müssen offensiv über unsere Arbeit aufklären, nach dem Motto "Tue Gutes und rede darüber".
Pressekontakt
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
10117 Berlin
bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.